

Antrag 2025/II/Arb/1

Kreis Wandsbek

Gegen jede Ausweitung der Arbeitszeit

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und Kenntnissgabe an
2 die Bundesdelegierten sowie den Parteivorstand beschließen: Die SPD lehnt jede Umstellung
3 der täglichen Höchstarbeitszeit auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ab. Den Mitgliedern
4 der SPD-Bundestagsfraktion sowie den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kabinetts wird
5 aufgetragen, entsprechende Gesetzesänderungen nicht zu unterstützen. Die Funktionär*innen
6 und Mandatsträger*innen der SPD werden aufgefordert, sich in der aus der CDU begonnenen
7 Debatte um Mehrarbeit entschieden gegen jede politische Maßnahme zu stellen, die eine Aus-
8 weitung oder Flexibilisierung der Arbeitszeit oder sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedin-
9 gungen darstellt.

10 **Begründung**

11 Seit Wochen lancieren Bundeskanzler Friedrich Merz und weitere CDU-Funktionäre einen brei-
12 ten Angriff auf den Acht-Stunden-Tag. Dass es dabei um etwas anderes geht als die Flexibili-
13 sierung zum Vorteil der Arbeitnehmer, sondern schlicht um die Schaffung des rechtlichen Rah-
14 mens für die Verpflichtung von 45 Millionen Erwerbstätigen zu mehr Arbeit unter für sie un-
15 günstigen, für die Unternehmen profitableren Bedingungen, wird durch die parallel dazu aus
16 der Union begonnene Debatte um die volkswirtschaftsschädliche Work-Life-Balance und die
17 generell schlechte Arbeitsmoral der Deutschen deutlich. In der Tat ermöglicht das Arbeitszeit-
18 gesetz bereits heute eine tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden, die im Verlauf von 6 Mo-
19 naten ausgeglichen werden muss. Und das soll nicht reichen? Wofür eigentlich soll in Zukunft
20 mehr gearbeitet werden? Seit 1991 ist die Arbeitsproduktivität pro Stunde in Deutschland um
21 40% gestiegen. Die Reallöhne stiegen in der gleichen Zeit um 13%. Der Löwenanteil der gestie-
22 genen Wertschöpfung wurde von einigen Spitzenverdienern (Managergehälter stiegen in den
23 letzten 5 Jahren um den 56-fachen Wert der Reallöhne) und den milliardenschweren Großak-
24 tionären der maßgeblichen Unternehmen einbehalten. 55% der Vermögenszuwächse seit 2012
25 landeten bei den reichsten 1%. Währenddessen befürchten schon jetzt 61 % der Bundesbürger
26 an Überlastung zu erkranken, jeder Fünfte stuft die Gefahr, an Burnout zu erkranken, als hoch
27 ein. 2023 stieg die Zahl der tatsächlich an Burnout erkrankten um 20 % gegenüber dem Vor-
28 jahr, als Gründe wurden insbesondere Termindruck und Überstunden genannt. Diese bereits
29 bestehende gesundheitliche Belastung von Arbeitnehmern würde durch eine Ausweitung der
30 täglichen Arbeitszeit erheblich ansteigen: Längere Arbeitszeiten als 8 Stunden täglich erhöhen
31 das Risiko für psychische sowie physische Erkrankungen wie Herzinfarkte, Schlaganfälle, Kopf-
32 schmerzen, Krebs, Schlafstörungen uvm. Auch steigt das Unfallrisiko sowohl am Arbeitsplatz
33 als auch auf dem Weg von der Arbeit nach der 8. Arbeitsstunde exponentiell an. Schließlich
34 leidet auch die soziale Teilhabe sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter längeren
35 Tagesarbeitszeiten und genereller Arbeitszeitflexibilisierung, hiervon sind Frauen überdurch-
36 schnittlich betroffen. Dieses Nebeneinander von Vermögens- wie Einkommenszuwachs für ei-

37 nige Wenige auf der einen, schlechteren gesundheitlichen wie sozialen Perspektiven für Be-
38 schäftigte auf der anderen Seite braucht niemanden zu wundern: Zweck des Wirtschaftens im
39 Kapitalismus ist, dass Reiche reicher werden, Mittel dafür die Arbeit der Arbeitenden. In der
40 Konkurrenz der Unternehmen setzt sich durch wer mehr, besser oder billiger produziert als die
41 Konkurrenz. Bevorzugtes Mittel dafür ist die Produktivitätssteigerung durch technologischen
42 Fortschritt, die sich bei den Beschäftigten durch Intensivierung und Verdichtung der Arbeitszeit
43 bemerkbar macht: Wer für das Meeting nicht mehr ins Büro fahren muss, sondern über Zoom
44 teilnimmt, spart dadurch Zeit, in der andere Arbeit geleistet werden kann und in der Folge auch
45 muss. Sobald die Produktivitätssteigerungen nicht mehr ausreichen, um in der Konkurrenz zu
46 bestehen, wird auf schlichte Ausdehnung des Arbeitstages abgestellt. Das erleben wir jetzt.
47 Zur Wehr setzen kann man sich dagegen nur kollektiv. Will die SPD eine Partei sein, die die In-
48 teressen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, muss sie dieses Kollektiv werden und sich der
49 angestrebten Arbeitszeitverlängerung und -flexibilisierung entschieden entgegenstellen.